

Bezugspreis:
Einzelheft 30. — 37. monatlich 10. — 37. 1/2
für ins Haus, portofrei jährlich. Sub-
bezug: Monatlich 10. — 37. 1/2, erst Zu-
stellungsgeld. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich 10. 20 1/2,
für das übrige Ausland bei täglich
einmal Zustellung 21. 50 1/2. Werbe-
stellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz. — Eingetragen in
die Verzeichnisse des Reichs-
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochen-
täglich zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achteckige Anzeigenzeile
1. — 2. — 3. — 4. — 5. — 6. — 7. — 8. — 9. — 10. —
„Kleine Anzeigen“, das ist
gedruckte Wort 1. — 2. (zwei-
letzte druckte Worte), jedes weitere
Wort 60 Pfg. Stellensuche und
Schlüsselanzeigen das erste Wort
60 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg.
Werte über 15 Buchstaben zahlen für
zwei Worte. Anzeigen für Abonnenten
Seite 1. — 2. politische und ge-
werblich-wirtschaftliche Anzeigen
3. — 4. die Stelle ohne Ausschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin S.W. 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Bestellzeit
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Freitag, den 13. August 1920

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Reichswehr als Spitzeldeckung.

Ein neuer Schlag.

Aus Halle wird uns vom Freitag mittag gedruckt:
Dem Oberpräsidium Magdeburg ist bei der Aufdeckung
der geheimen Nachenschaften der Orgesch ein neuer Schlag
gelungen. In Halle wurde ein gewisser Hans Eger, Ratschütze-
straße 5, in Schutzhaft genommen. Nach Aussagen der Polizeiver-
waltung ist Eger aktiver Offizier, was von der Reichswehr
gekannt wird.
In Egers Haus fand sich nichts, Daggen hat er ein Ge-
schäftszimmer in der Roserstr., wo er angeblich als Gerichts-
offizier fungiert. Hier konnte das Oberpräsidium infolge des be-
kannten Erlasses des Reichswehrministeriums des Jünern (Ueber
Wohlfahrt v. Jacobs) nicht selbst haussuchen. Das Mehr-
teil des Kommandos wurde erzwungen, die Hausdurchsuchung vorzuneh-
men, ließ aber nichts von sich hören. Das Oberpräsidium
hatte zur Unterstützung der Hausdurchsuchung zwei Polizeikommissare
nach Halle geschickt. Diesen

erklärten die Offiziere, sie hätten vom Wehrkrei-
skommando strenge Weisung, den Zivilbehörden
nicht Folge zu leisten,
sondern nur den Militärbehörden. Inzwischen war bekannt ge-
worden, daß eine große Menge mit Papieren von den Geschäfts-
freunden Egers aus der Kaserne bereits nach einem anderen Ort
fortgeschafft war, dort wurde sie

gefunden und beschlagnahmt.
Die aufgefundenen Papiere enthalten u. a. Blätter und Vertrags-
kalle zur Gründung eines

„Mitteldeutschen Treubundes“.
Ueber diesen Treubund sagt ein der Protokolle:
„Frühere Einmahnvereine und Zeitfreiwilligenverbände sind
darauf bedacht an der Arbeit. Es erscheint vielleicht besonders
wertvoll, daß der Landbund reichlos für unsere Bestrebungen ge-
wonnen ist“.

Auch die Studentenorganisationen gehören fast rest-
los dem Treubund an. Es ist eine genaue „Aufstellung der Stu-
dentenkompagnien“ vorhanden, auch ein allgemeiner Mobilisations-
plan. Ueber die Mobilisierung heißt es:

„Die Durchführung der Mobilisierung geschieht durchaus ver-
traulich und ganz inoffiziell im Benehmen mit dem Landes-
jägerkorps“.
Die Teilnahme des Landesjägerkorps spielt überhaupt eine
große Rolle.

Der verhaftete Leutnant Eger erklärte, daß sein Vorgesetzter
ein Major Eckardt sei. Eckardt behauptete auf Befragen,
er kenne Eger überhaupt nicht. Dabei hat Eger am Tage vor
seiner Festnahme persönlich dem Major Eckardt 32 Schriftstücke
zur Unterschrift vorgelegt. Auch wurde bei Eger ein angefangener
Brief an Major Eckardt gefunden, aus dem genaueste Bekann-
schaft hervorgeht.

Eger hat auch in Berlin mit dem Magdeburger Hauptmoderern
Biesenitz und Jansen Besprechungen gehabt. Er gibt diese
an, während Biesenitz ebenfalls behauptet, Eger nicht zu kennen.

Der Treubund ist nach Aussage Egers durch den Erlass des
Reichspräsidenten vom 30. Mai aufgehoben, weil die Mit-
glieder „selber“ Angst vor dem Justizhause hatten. Es ist darauf
der Treubund auf dem Boden der Orgesch neu aufgebaut
worden. Hier fühlte man sich durch die Erlasse des Ministerial-
direktors von Jacobs (siehe oben) und Freund (Ministerium
des Innern) gedeckt. Ministerialdirektor Freund hat bekanntlich
den Erlass, der die Orgesch zuletz, hinter dem Rücken des
Ministers Severing in dessen Vertretung herausgegeben,
ebenso Severing den Vertretern der Orgesch gegenüber schon vor-
her seine Nichtzustimmung kundgegeben hatte. Es ist be-
merkenswert, daß der Landbund in Halle diesen Freundlichen
Erlass bereits veröffentlichte, noch ehe er dem Ober-
präsidium Magdeburg zugegangen war. Man muß fragen:
Wie kommt der Ministerialdirektor Freund dazu, hinter Severings
Rücken diesen Erlass herauszugeben, wie kommt der Erlass vor
seiner amtlichen Bekanntmachung bereits dem Landbund in
die Hände und wie kommt der Freundliche Erlass mit dem Abkom-
men in Spa überein?

Bei den heute wiederum in Magdeburg vorgenommenen Haus-
suchungen wurde amtliche militärische Audienz,
unterzeichnet vom Garnisonkommandanten von Ribbentrop und
Blomberg, lautend auf die Namen Kaufmann Selten, Kaufmann
Traub, Rechtsanwalt Bünker, Rechtsanwalt Schaper, Oberleutnant
a. D. Franum, vorgefunden.

Dresden, 13. August. (Z. N.) Die Nachricht eines Dres-
dener Korrespondenzbureaus von einer Roten Armee
in Sachsen, an der kein wahres Wort ist, kann auf das Be-
stehen einer Dresdener Spitzelzentrale zurückgeführt
werden.

Die Spitzelzentrale.

Magdeburg, 13. August. (Eigener Drahtbericht unserer
Sonderberichterstatter.) Es ist jetzt festgestellt, daß der Leiter
der Magdeburger Spitzelzentrale, der Subalterne
Wittmann, auch Verbindungen mit einer Zelle des Berliner
Polizeipräsidiums gehabt hat. Er erhielt von einem
Polizeimeister des Berliner Polizeipräsidiums 400 Mark als
Belohnung für geleistete Dienste.

Die Spitzelberichte, welche die Spitzelzentrale ausgedreht hat,
haben einen kolossalen Umfang. Die Spitzel sagen selber aus, daß
sie fortwährend Lügen fabrizieren mußten, weil Be-
richte von ihnen verlangt wurden, die sie nicht liefern konn-
ten. So erklärt der Spitzel Robert Meyer, daß, solange er Mit-
glied der R. P. D. war, er von einer Gründung der Roten Armee
oder Roten Armee-Teilen nichts bemerkt habe. Trotzdem mußte er
fortwährend darüber berichten.

Wenn ein Spitzel die Berichterstattung einstellen wollte, so be-
drohte Altmann ihn mit Denunziation bei seinem Arbeitgeber oder
mit Anzeige bei den Kommunisten. Spitzel, die sich von ihm ge-
rennt hatten, denunzierte er auf die Weise, daß er in den er-
fundenen Spitzelberichten sie zu besonders gefährlichen
Agenten der Kommunisten machte.

Altmann hat u. a. ein Fahndungsbureau der U. S. P.
D. erfunden. Es hat den Anschein, als ob dieses Bureau auf beson-
dere Anweisung der Orgesch-Zentrale erfunden worden ist, um
überhaupt gewisse Erfindungen auf vorherige Be-
stellung durch Orgesch oder andere Stellen erfolgen. Als
Kulter eines solchen Fahndungsberichts führen wir folgendes an:
Ratiz auf dem Fahndungsblatt Nr. 61 des Fahndungsbureaus
Berlin der U. S. P.

Nr. 411 542.

- Beweismaterial gegen
1. Wilhelm Thomas, Breslau und dessen beide Agenten.
 2. August Köhler, Breslau.
 3. Paul Lorenz, Breslau.
- Thomas, Berrat der R. P. D. und U. S. P. Köhler, Berrat
der Sozialistischen Partei. Lorenz, Berrat am Bund der In-
tellectuellen. Nach Prüfung des Beweismaterials hat der Bund
der Intellectuellen beschlossen, Lorenz, welcher sich dauernd als
Mitglied beteiligt, durch einen Beauftragten des Bundes unschädlich
zu machen. Der Bund bittet um Unterstützung.

In den Fahndungsberichten werden noch eine ganze Reihe an-
derer geheimnisvoller Organisationen erwähnt: die Antimil-
taristische Vereinigung, die Schwarze Hand, der Bund der Intellect-
uellen, die Sozialistische Partei usw. usw.

Es beschränkte sich aber die Erfindungen keineswegs auf harm-
lose Räuberromantik, sondern zum Teil sind es ganz bössartige
Verdächtigungen, die erfunden sind, um Personen, Ver-
bände, Bevölkerungsgruppen usw. etwas anzuhängen.
So ist es schematisch versucht worden,

jüdische Geschäftsleute in Verbindung mit den Kommunisten
zu bringen. Es werden alle möglichen jüdischen Firmen als Geld-
geber für die Kommunisten genannt, so z. B. ein Berliner Bank-
haus Levi und Söhne. Ebenso wird das Reichswehr-Fin-
nier-Bataillon 4 dauernd als kommunistisch verdächtig, weil
dieses Bataillon beim Kav.-Futtsch keine Offiziere absende und sehr
auf Seiten der Regierung stand. Ebenso wird verdächtigt der Re-
publikanische Führerbund. Zum Teil sind solche Nachrichten direkt
bestellt worden. Als ein besonderes Muster der Verdächtigungen
führen wir einen Bericht dieser Leute über die Freie Turners-
schaft an:

Die gesamte Freie Turnerschaft von Deutschland ist
jetzt in eine geschlossene Organisation zusammengefaßt. Es han-
delt sich dabei um eine Kampfororganisation großen Stils. Nach
Rechnungen aus Berlin beträgt die Stärke der Organisation
33 000 Mann (gebiente Leute), dazu kommen circa 10 000 Mann
ältere Leute. 33 000 Mann sind in Kampfeinheiten zu je 150
Mann eingeteilt, während die Jugendlichen in Turnabenden
freie militärische Schulung durchmachen müssen.

Ebenso wie die Freie Turnerschaft wird auch der Arbeiter-
Samariter-Bund in einem dieser Spitzelberichte verdächtig,
ein Organisationskörper der Roten Armee zu sein. Es gibt keine
Organisation der Arbeiterkraft, zu welchem Zweck auch immer, die
nicht von diesen Spitzeln in ein militärisches Komplot oder in eine
bolschewistische Verschwörung umgewandelt worden wäre.

Aus der weiteren Sichtung des Materials dürften sich noch
allerhand weitere interessante Einzelheiten ergeben.

Orgeschverbot.

Der Oberpräsident Börsing hat als Regierungskommissar
für die Provinz Sachsen unter dem 12. August auf Grund der
Verordnung des Reichspräsidenten am 1. April 1920 für das Gebiet
der Provinz Sachsen angeordnet:
Die Organisation Escherich (Orgesch) wird für die Provinz

Sachsen verboten. Wer dieser Vereinigung angehört, für sie tritt,
oder sonst mit ihr oder ihren Mitgliedern zum Zweck ihrer Unter-
stützung in Verkehr tritt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Jahren,
Bast oder Geldstrafe bis zu 15 000 M. bestraft, soweit nicht nach der
Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 wegen Zu-
sammenschlusses zu einem Verbandsmitglied oder polizeilicher
Art oder wegen Nichterfüllung der von der Regierung angeord-
neten Auflösung der Einwohnerverwehren Justizstrafe verhängt
ist. Alle Behörden werden angewiesen, die Namen von Verlorenen,
von denen bekannt wird, daß sie Mitglieder der Orgesch oder für
diese in irgendeiner Weise tätig sind, sofort telegraphisch oder tele-
phonisch mitzuteilen.

Wie Escherich Bayern umstürzte.

Das „Berliner Tageblatt“ bringt folgenden Auschnitt aus
der Berichterstattung der Orgesch:

Es wurden Nachrichten verbreitet, in denen gesagt wurde,
daß es dem Hofrat Escherich in Bayern gelungen sei, in
den Kapp-Tagen mit 200 Mann das Ministerium Hoffmann in
München zum Rücktritt zu zwingen, indem er (Escherich) darauf
hin gewirkt habe, daß hunderttausend bewaffneter Bürger
hinter ihm ständen, in deren Namen er spreche. So sei in
Bayern ein rein bürgerliches Ministerium gebildet und die
„Sawwirtschaft“ sei beseitigt worden. Ende Mai habe in Mün-
chen eine Versammlung stattgefunden, die bezweckte, die für
das ganze Reich eingeleitete Organisation in beständige Bahnen
zu lenken. Angeblich wolle man durch diesen reaktionären Ausschuss
auch nicht die Wiedererrichtung der Monarchie, sondern nur
eine andere Regierung bilden, die im Sinne der Reichsparteien
„ordnungsmäßig“ regiere. Nach Fertigstellung der Or-
ganisation sollte, wie in München, auch in Berlin vorgegangen
werden und die Regierung (Fehrenbach-Geisler) ohne jedes
Zwangsgeheimnis zur Abdankung gezwungen werden. Nur in
Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet müsse man mit Kämpfen
rechnen. Für diesen Fall seien besondere Punkte aussersehen,
die unbedingt gehalten werden, bis der bayerische Erfolg
auf den man bestimmen könne, zur Verfügung stehe. In
Bayern habe man die ganze katholische Geistlichkeit
gewonnen. Auf dem Eichfeld predigten bereits katholische Geistliche
für die Schaffung einer solchen Selbstbehauptungsorganisation.

Die Erzählung von dem siegreichen Bayernschwinder Escherichs
kann recht gut wahr sein; auf das Militär des Generals
v. Moll war offenbar nicht gegen Rechtsoppositionen zu rechnen.
Nicht umsonst verbreitete die Kapp-Gesellschaft in der Reichsfinanz-
Stogesnachrichten aus München!

In einer neuen Rede in München stellte der Orgesch-Oberst
Escherich sogar die Reichswehr als größtenteils bol-
schewistisch verfaßt hin. Bei der Schwäche der Reichs-
regierung gehe es nur um einen Schlag: Orgesch!

Kloppern gehört zum Handwerk!

Reichswehrkrieg in Hildesheim.

Unser Hildesheimer Partisanenblatt berichtet vom Mittwochsabend:
Aus irgendwelchen Reihen einer Gruppe von Hildesheimern und Reichs-
wehrsoldaten — alltägliche Streitzugleistungen, wie sie jüdischen jungen
Leuten üblich sind — entstand eine Zusammenrottung der Soldaten
gegen die jüdische ihres Weges ziehende Bürger. Die uniformierte
Gesellschaft — allem Anschein nach wollte sie die heimkehrende
Abendwache der Konalarbeiter abhassen — hatte den Bahnhof ab-
gesperrt, hielten mit vorgehaltenem Revolver harmlose Reisende an
und untersuchten deren Taschen. Als der Zug von Nordheimen
gegen 10 Uhr abends eintraf, hies es durch ein Horn mehrere Male das
Angriffssignal und die Gesellschaft stürzte nach dem Bahnhof.
Zuerst hatte sie Besten an der Eisenbahnunterführung an der
Stroterwälder Straße gefaßt, um die von dort heimkehrenden
Fahrgänger abzusassen. Es ist festzustellen, daß die Konalarbeiter
völlig friedlich waren und sich von anderen Passanten warnen
ließen.

Ein Polizeibeamter rief telephonisch die Polizei herbei, als er
die nach Banditenart vorgenommene Belästigung der Reisenden
sah. Er selbst untersagte den Wegelagerern das Anhalten des
Publikums. Die nicht anders zu erwartenden, fiel die Räuberbande
über den Beamten her, warf ihn zur Erde, köllte und trat den Be-
amten. Erst als etwa 30 Polizisten anrückten, ließ die Gesellschaft
von dem Beamten ab. Es gelang dann den Polizisten, die mit
Belegwehr und Revolver arbeitende uniformierte Bande ab-
zudrängen. Die Hildesheimer benahmen sich ruhig und folgten den
Anordnungen der Polizei.

Wenn es gelungen ist, nicht nur tätliche Überfälle auf Jüdinnen
zu verhindern und es gelieken abend keine Tote und Verwundete
gegeben hat, so ist das eigentlich dem Zufall, der einen Beamten
in der Nähe des Bahnhofs sein ließ, zu verdanken, und dem Pu-
blikum, das sich ruhig verhielt und den Anordnungen der Polizei
folgte.

Die Frage, was gegen die Stadtverwaltung zu tun hat, hat
sie genau, die Frage, was will der Regierungspräsident tun und was
hat er getan, die Frage, was hat das Reichswehrkommando in der
Angelegenheit schon getan, ist im Interesse der hiesigen bewährtesten
Öffentlichkeit angebracht und ihre schnelle Beantwortung durch
die Behörden notwendig.

Frankreichs Ostpolitik.

Der wegen der Anerkennung Brangels durch Millerand zwischen den französischen und der französischen Regierung entstandene Konflikt mag zwar gegenwärtig die Gemüter beiderseits des Kanals erregen, es wäre jedoch töricht, wenn man auf deutscher Seite hierüber frohlocken und einen Bruch der „Entente cordiale“ prophezeien würde. Das Pariser radikal-sozialistische Organ „L'Œuvre“ hat zwar einen solchen Bruch als die Folge des französischen Schrittes angekündigt, doch handelt es sich wohl bei diesem oppositionellen Blatte mehr um eine absichtliche Uebertreibung, als um eine ernste Befürchtung. Es wird vielmehr höchst wahrscheinlich, wie nach der Besetzung des Maingau, ein diplomatischer Ausweg gefunden werden, bei dem Millerand faktisch auf der ganzen Linie nachgeben, Lloyd George aber in einer Rede die Loyalität des französischen Bundesgenossen loben und das Bündnis als fester denn je feiern wird. Und da die französische Presse es meisterhaft versteht, die diplomatischen Niederlagen ihrer Regierung zu vertuschen und zu verschweigen, wird Millerands Stellung durch diesen Zwischenfall nur wenig erschüttert werden. Eine Regierungskrise in Frankreich ist als Folge des gegenwärtigen Konflikts um so weniger zu erwarten, als ja bei der gegenwärtigen parlamentarischen Konstellation Millerands Nachfolger logischerweise nur einen noch schärferen antirussischen Kurs einschlagen, also den englisch-französischen Gegensatz nur noch vertiefen könnte. Und darauf wird man es in Paris sicherlich nicht ankommen lassen wollen.

Millerand hat nämlich mit der Anerkennung Brangels nichts anderes getan als einen vom Standpunkt der parlamentarischen Mehrheit, auf die er sich stützt, durchaus folgerichtigen Schritt. Die Deputiertenkammer, die am 16. November 1919 gewählt worden ist, besteht eben zu zwei Dritteln aus Mitgliedern des „Nationalen Blocks“, einer Schöpfung Clemenceaus und Millerands selber, die ausschließlich kapitalistisch-bürgerliche Interessen vertritt, und zwar sowohl gegen Deutschland wie auch gegen Sowjet-Rußland. Gegen Deutschland lautet die Parole: „Le Hoche paternal“, damit die besitzenden Klassen Frankreichs möglichst geschont bleiben; gegen Sowjet-Rußland die: „Keine Anerkennung diesen Banditen, die nicht einmal für die Schulden ihrer Vorgänger aufkommen wollen, kein Verhandeln mit diesen Revolutionären, die die Zaren-Anleihen annulliert haben und unseren französischen Anleihebesitzern nicht einmal die Kupons auszahlen wollen! Gegen diese Anarchisten helfen nur Krieg und Blockade!“

Gegen Deutschland hat Millerand sein Programm der rücksichtslosen Durchführung des Friedensvertrages so lange zu erfüllen versucht, bis die Macht der Verhältnisse, gepaart mit einer zunehmenden Einsicht auf englischer und italienischer Seite, ihn zwang, etwas Wasser in seinen Wein zu gießen. In Spa mußte er die Undurchführbarkeit gewisser Klauseln von Versailles zugeben und Milderungen bewilligen. Und wenn auch Frankreich sich heute noch bezüglich des Versailler Vertrages unnachgiebig gebärdet, so wird der Bankrott des Friedensvertrages immer deutlicher.

Gegen Sowjet-Rußland versuchte Millerand ebenfalls sein Programm konsequent durchzuführen bzw. die von Clemenceau eingeleitete Ostpolitik fortzusetzen. Wie schon im Hochsommer 1919 die von Wilson angeregte Rumänien mit den Bolschewiki in Prinzipio an Clemenceaus Widerstand gescheitert war, so versuchte Millerand seit seinem Regierungsantritt das russische Problem ausschließlich mit Gewalt zu lösen. Er erkannte alle Abenteuer an, die sich anboten, Sowjet-Rußland niederzuzwingen, und unterstützte sie mit Geld, Waffen und Munition. Ihnen Truppen zur Verfügung zu stellen, wagte er allerdings nicht. Nacheinander verdrängte die russische Steppe die Armeen Judenitschs, Kosschaks und Denikins, und damit weitere französische Milliarden. Als all dies nicht ge-

holfen hatte, verleitete Frankreich die polnischen Imperialisten zu einem Angriffskrieg gegen Moskau. Das alles wegen der Nichtanerkennung der Jmolok-Anleihen! Wie der Pokerspieler im Verlust durch immer höhere Einsätze, durch immer sinnloseres Galardieren und durch immer durchsichtigeren Bluffs versucht, zu seinem Geld wiederzukommen, so veruchte die Regierung des „Nationalen Blocks“ die an den Jaren einst geborgten und mit der russischen Revolution verlorenen Milliarden zurückzugewinnen.

Die Anerkennung Brangels durch Frankreich ist der jüngste und vielleicht nicht einmal letzte Bluff dieses aussichtslosen Galardspiels.

England dagegen, das nicht dieselben finanziellen Interessen in Rußland hat, und das viel mehr von einer Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu Sowjet-Rußland und von einer Beteiligung am russischen Wiederaufbau für sich erhofft, hat diese französische Politik seit einem Jahre mit wachsendem Unbehagen verfolgt. Zwar ließ es — auf alle Fälle und namentlich für den Fall, daß eine militärische Niederzwingung Sowjet-Rußlands doch gelingen sollte —, durch Churchill eine scheinbar parallele Politik der Unterstützung der weißen Generäle verfolgen; aber gleichzeitig, entsprechend seiner traditionellen Politik der sechsunddreißig Eisen im Feuer, hielt es stets die Fühlung mit der Sowjet-Regierung aufrecht (Litwinow! Krassin!), und es befindet sich nunmehr gegenüber dem siegreichen Sowjet-Rußland in einer viel besseren Situation, als das verblissene und kurzfristige Frankreich.

Das ist die beiderseitige Lage Frankreichs und Englands gegenüber Moskau in den Tagen des Brangel-Konfliktes. Daß sich dieser Gegensatz noch zuspitzen könnte, glauben wir, wie gesagt, nicht, weil die Lage Frankreichs gar zu ungünstig ist.

Jedenfalls ist die jetzige Krise nur die logische Konsequenz einer französischen Ostpolitik, die durch die innerpolitischen Verhältnisse Frankreichs geradezu vorgezeichnet war. Der einzige und über kurz oder lang unvermeidliche Ausweg wird schließlich die Auflösung des französischen Parlamentes sein, dessen „Nationaler Block“ in jeder Beziehung, sowohl Deutschland wie Sowjet-Rußland gegenüber, kläglich Bankrott gemacht hat. Wie wir bereits oft betonten, wird es keinen wirklichen Frieden in Europa geben, solange diese Deputiertenkammer, die am 16. November 1919 als Frucht eines großräubigen Volksbetruges und einer Massenpsychose der Nachkriegszeit gewählt wurde, noch besteht. Je früher aber man sich in Frankreich zu der Erkenntnis dieses Betruges und dieses Bankrotts aufrafft, desto geringer werden die Chancen einer ruhigen und gelunden Lösung und Entwicklung sein.

Familie Kapp.

Die Amnestie für politische Vergehen deckt Herrn Kapp nicht, da die Führer des Bunkers von der Amnestie ausgeschlossen sind. Er bleibt also weiter belastet mit dem gegen ihn schwebenden Haftbefehl und der Beschlagnahme seines Vermögens. Die Vermögenskonfiskation scheint eine durchaus erträgliche Maßnahme für den Betroffenen zu sein, denn wie die schwedischen Blätter berichten, lebt Herr Kapp in Schweden ein gutes Leben, und was die Beschlagnahme seines ostpreussischen Rittergutes betrifft, so hört man auch davon unangenehme Dinge. Die „Königsberger Volkszeitung“ berichtet über die von der Regierung veranlaßte Zwangsverwahrung von Kappps Rittergut Wilgen das Folgende:

„Zwangsverwahrter ist ein ehemaliger aktiver Hauptmann, der die Landwirtschaft erlernt! Tatsächlich verwahrt das Gut der leibhaftige Sohn, Kapp jun. Es schweben Verhandlungen zwecks Verpachtung des Gutes an ihn! Er hat die Absicht, soviel wie möglich für den Staat aus der Bewirtschaftung herauszuschlagen. Er verlangt Verpachtung an ihn

auf zehn Jahre, bei vorzeitiger Kündigung eine Entschädigung von einer halben Million Mark. Kapp jun. ist es bisher leider noch nicht gelungen, aus dem Gute Erträge für den Staat flüssig zu machen. Er hat durch von der Landwirtschaftskammer beschleunigte Bücher „bewiesen“, daß das Gut seit jeher mit Unterbilanz gewirtschaftet hat (1) und sein Vater nur zugeföhrt hat. Nur aus Viehe zum Vorkauf hat er demnächst die Wirtschaft aufrecht erhalten. (2) Das Gut ist 2500 Morgen groß, hat einen Wert von 2 1/2 Millionen Mark und ist mit einer halben Million Mark belastet. Herr Kapp ist also zweifacher Millionär. Er beabsichtigt, demnächst Vorkäufe vom Staat zur weiteren Durchführung der Zwangsverwahrung zu erfordern usw. — Das klingt alles geradezu unglaublich. Schließlich wird bei dieser Art von „Zwangsverwahrung“ aus der Vermögenskonfiskation noch eine Bereicherung der Familie Kapp auf Staatskosten.“

Die Sache bedarf auf alle Fälle der gründlichen Untersuchung.

Nur ein Sozialist.

Landchaftsdirektor v. Herzberg-Dottin, als Antisemit und Reaktionsär rühmlichst bekannt, hatte seinerzeit dagegen protestiert, daß an Stelle seines Sohnes der Sozialdemokrat Poffehl zum Landrat des Kreises Reutheim ernannt wurde. Selbstverständlich stellte sich der Kreisrat hinter den Landchaftsdirektor. Er erwartete, die Regierung werde die Berufung schließlich zurückziehen. Da die Regierung aber anders dachte als die Junker und schließlich, boykottieren sie kurzerhand das Landratsamt. Landrat Genosse Poffehl war einfach nicht für sie vorhanden. Daraufhin wurde vom Regierungspräsidenten in Köslin die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Landchaftsdirektor v. Herzberg auf Amtsentsetzung und Suspendierung vom Amt angeordnet, weil er die Pflichten, die ihm sein Amt auferlegt, verlehrt habe. Die Folge davon ist, daß der Bezirksausschuß in Köslin, der in der Angelegenheit zu entscheiden hatte, den Landchaftsdirektor auf Kosten der Staatskasse freisprach — Und wenn die werltätige Bevölkerung um sich in höchster Not ihrer Haut zu wehren, wie im Fall Kapp und im Fall Horst-Kingarn zu demselben Mittel greift? Ja Bauer, das ist ganz etwas anderes.

Treibereien.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Sieben Monate nach der „Revolution“, sechs Monate nach Enternung der Kaiserbilder wollte der Direktor der Fürstin-Bismarck-Schule in Charlottenburg in allen 17 Klassen „jeiner“ Anhalt die SchülerInnen von 8—13 Jahren durch Abstimmung entscheiden lassen, ob sie die Kaiserbilder wieder haben wollten. In den Klassen mit kaiserfreundlicher Mehrheit sollten sie dann wieder angebracht werden. Der Widerspruch dieser Absicht mit dem Abg der Pädagogik und der elementarsten staatsbürgerlichen Pflicht eines Direktors sowie der von ihm selbst bei jedem ihm passenden Anlaß betonten Normendgehalt des Fernbleibens politischer Zwist aus der Schule ist Herrn Dr. Burg bei dieser Gelegenheit nicht aufgefallen. Nur mit Mühe vortellten einige Mitglieder des Kollegiums die Ausführung dieses Planes. Dafür wurde der Direktor jedoch bald darauf die „Schulgemeinde“, deren Scheinheft er im Interesse seines Ruhs als „Fortgeschrittler“ nicht entbehren will, unter Anwendung recht bedenklicher Druckmittel zur Teilnahme an einer Bismarckhuldigung in Friedrichshagen zu drängen. Die Hefestoffe der Deputation hat er aus der SchülerInnenunterstützung gelöst, also aus Wohlhabendern der Schule, bekräftigt. Daß der Direktor später die von dem Leiter der Schulgemeinde beabsichtigte Einführung der SchülerInnen in das Verständnis der Reichsverfassung, trotz der empfehlenden Ausrufungen der Herren Daentich und Jahnke in der Landesversammlung im Dezember 1919, amtlich verhindert hat, war nach dem Vorgefallenen nicht mehr erstaunlich. Die Worte „ich schwöre Treue der Reichsverfassung“ sind ihm jedoch bald darauf nicht schwer gefallen.

War ein Lehrer mit dieser Amtsführung des Direktors nicht einverstanden, so bekam er keine Gnade alsbald deutlich zu merken.

Das künstliche Auge.

Von Lisa Wenger.

Unter dem Titel „Amoralische Aabeln“ läßt Lisa Wenger in diesen Tagen bei Eugen Diederichs in Bern ein laichliches Aabelbuch (für Erwachsene) erscheinen, in dem sie mit Humor und Ironie menschliche Schwächen und Torheiten geißelt. Wie geben die folgende Aabel mit Erlaubnis des Verlages wieder.

Es war einmal einer, der ein künstliches Auge hatte. Das andere war ein gewöhnliches Auge, wie es jeder Mensch besitzt.

Niemand begriff, warum der Mann Dinge sah, die kein anderer sehen konnte, und warum er oft behauptete, es sei gar nichts da, wenn es alle anderen sahen.

Es kam daher, weil er einmal mit dem natürlichen Auge die Dinge betrachtete, und ein andermal mit dem künstlichen Auge. Deffnete er nur letzteres, so verzerrte sich ihm alles, was er sah, und wechselte Form und Farbe.

„Maulwürfe!“ höhnte er die Leute, die Kopfschütteln behaupteten, sie begriffen gar nicht, was er sehe. Oder er lachte sie aus.

„Sie bewundern wieder, was nicht da ist!“ sagte er achselzuckend.

Der Mann ging über Land. Es war ein anderer bei ihm, ein Maler mit gewöhnlichen Augen. Der mit dem künstlichen Auge hatte eine mißliche Verachtung für ihn, der Maler sahnte sie, und es war ihm unbehaglich.

„Ewig diese grünen Bäume,“ murkte der Mann, dessen künstliches Auge noch schlief. „Es wird nachgerade langweilig! Grün! Solche altmodische Farbe!“ Da erwartete sein Auge.

„Donnerwetter! Sie sind ja nicht grün! Da ist ja alles Farbe! Blut, Feuer! Fort mit den grünen Bäumen!“ Högernd widersprach der Maler.

„Sie sind aber doch grün.“

„So, sind sie grün?“ höhnte der andere, „weil ihr Blindsehen sie grün sieht, sind sie grün, nicht wahr?“

Dem Hohn gegenüber sind die Leute feig. Darum schämte sich der Maler und bekehrte sich rasch.

„Es ist wahr, sie sind rot!“ sagte er zaghaft. Er sah sie zwar nicht eigentlich rot, aber es schien ihm doch, als ob sie einen rötlichen Schimmer hätten. Und bald kamen sie ihm rot vor, dunkelrot.

Darauf malte er ein Bild mit Bäumen, die wie in Blut getaucht ausahen, und den mächtigen Strom, der sein Bild quer durchschnitt, machte er ebenfalls rot. Auch das Gras, aber dieses mehr bläulich-rot!

Im Vordergrund krochen drei Schnecken, deren Fühlhörner sich berührten.

Der Maler mußte wohl, daß das Publikum sein himbeerfarbenes Bild nicht ohne weiteres abnehmen würde. Er nannte es daher: Seelenharmonie. Das würde den Leuten zu denken geben.

Das Publikum stand vor des Malers Bild und lachte. Darauf schalt es. Dann veruchte er die Seelenharmonie zu begreifen. Zuletzt schämte er sich, daß es sie nicht begriff, und als es so weit war, hatte der Maler gewonnenes Spiel. Alle Welt bewunderte die „Seelenharmonie“, und das Museum der Stadt kaufte sie. Der Maler lächelte sich die Sache hinter die Ohren.

Wieder ging der Mann mit dem Maler spazieren. Sein natürliches Auge schlief, und nur das künstliche wachte. Er betrachtete den Wald.

„Hübsch, dieser Silberton,“ sagte er daher. Diesmal veruchte es der Maler nicht einmal, seinen eigenen Augen zu glauben. Er sah den Wald sofort im Silberton, ging nach Hause und kauf ein Bild. Grau alles, einförmig, nebelhaft, verkommen. Im Vordergrund ein schmaler grüner Sumpf, auf dem eine gelbe Pflanze schwamm. „Toter Haß“ hieß das Bild im Katalog.

Drei volle Tage brauchte das Publikum, bis es sich die Harmonie abgewöhnt hatte, dann aber hob es mit Begeisterung den „Toten Haß“ auf den Schild. Und wieder nach drei Tagen sprach die Stadt von nichts anderem. Der Maler trug einen schweren Geldsack auf die Bank.

Zum drittenmal gingen die zwei über Land. Der Mann schloß seine beiden Augen und spitzte dafür die Ohren.

„Hören muß man die Schönheit, nicht sehen!“ rief er voll Entzuse, „gar nichts soll auf der Leinwand sein, damit man voll genießt, empfindet, fühlt!“

Der Maler malte ein Bild, und als er fertig war, sah die Leinwand aus, als wäre sie leer.

„H!“ rief der Maler, „ausgezeichnet! Frisches Holz, Moos, faules Holz! Mord! Kühle Schauer zittern über meine Haut!“ Er schloß die Augen.

Das Bild wurde zwischen zwei spitzen, schwarzen Bäumen aufgehängt. Klapperschlangen wanden sich um die Stämme. Graue Schleier felen in geraden Falten über die Leinwand. „Mord“ stand in langen verzerrten Buchstaben auf dem Rahmen. Er hatte die Form eines Galgens.

Das Publikum kam. Keiner wagte laut zu atmen oder gar sich zu schneuzen. Man empfand das Bild, kühlte es, nahm es auf.

„H!“ seufzten alle. Ihre Seelen gingen auf den Fußspitzen ohne Gähnehauch ging leiser aus dem Saal.

Der Mann und der Maler saßen auf einer der Ruhebänke. Der Mann mit dem künstlichen Auge hielt sein natürliches Auge geschlossen, und der Maler alle beide.

„Wie schwer er an seinem Bilde trägt,“ sagten die Leute und betrachteten sein blaßes Gesicht.

Da kam ein Fremder zur Tür herein, mit blauen Augen und klarem Bild. Erschaunt betrachtete er den Maler, das Publikum und das Bild. Dann lachte er laut und herzlich. „Von dem Boden gerissen die Schleier vor dem Bild, und man sah plötzlich, daß die Leinwand leer war, leer und öde. Da fingen die Leute an, sich zu räuspern, zu schneuzen, zu schwagen und zu husten. Man konnte ordentlich hören, wie ihnen die Augen aufgingen.“

Sie scharten sich um den Maler. „Sinaus!“ lachte die Menge gornig.

Der Mann mit dem künstlichen Auge war schon fort. „Warte es ab,“ sagte er zu ihm, „deine Zeit wird wiederkommen.“ Da verkrach das Auge so, daß gar nichts mehr von ihm zu sehen war.

Die Deutschen in Belgien. Herbar Eulenberg legt in einem Rad auf den großen belgischen Dichter Remonnter folgen des Zeugnis ab:

Die Gerächigkeit zwingt vor allen uns Rheinländer, nochträglich festzustellen und laut und öffentlich, so oft es nötig ist, ohne Unterwürigkeit, auszusprechen, daß die Deutschen vor dem Arlege niemals über eine schlechte oder freunde Behandlung in Belgien zu klagen gehabt haben. Von Rhein führen in jedem Sommer in den Jahren vor 1914 zahlreiche Familien in die belgischen Seebäder. Meist waren es sogar kleinere Bürgerleute, die wenig Geld ausgaben und der Willigkeit halber mit ihren Kindern die Herbitferien dort am Strand verbrachten. Wankenberg und Herbit waren besonders bei der Allgemeinheit beliebt. Künstler oder Eigenbrütler suchten die etwas abseits gelegenen Keller auf. Wie Anodo-sur-Mer an der holländischen Grenze, wo Wilhelm Schmidbom mit seiner Frau für 500 Mark ein Vierteljahr verlebte, währenddessen er sein Drama „Der Graf von Weichen“ schrieb. Oder man ging an die westliche Küste nach La Panne. Oder in das ganz verstaute Corde, in dem Remonnter eine Welle sich im Sommer und Herbit den Seewind um seine brandroten Haare blasen ließ. Niemals und nirgends sind wir als Deutsche vor dem Krieg in Belgien schlechter aufgenommen oder unfreundlicher bewirtet worden als die eingeborenen Küstler und Erholungstreibenden.

Um so schmerzlicher und bitter war darum für den gebildeten Rheinländer dieser von unjaren Generalstab herbeigeführte und wie wir dann zu unserem Entseten erfahren, seit Jahren vorbereitete Wuch mit Belgien. Frühlings haben wir uns in den grausamsten Krieg mit einem Volke verwickelt, das uns nie etwas Böses zugefügt hatte, mit dessen Land uns glückliche und fröhliche Erinnerungen verknüpften.

Theater. Im Deutschen Theater gelangt Dienstag nachstehend die Protäste „Der Hieb im Panzerhaus“ zur Aufführung. — Im Theater des Wehens“ beginnt die neue Spielzeit am 20. August, mit der Operette „Der erste Liebesgötte“ von Bilden.

Prof. Redlob, bisher Leiter der Kunstausstellungen des württembergischen Staats, ist von seinem Amt zurückgetreten, um sich in Berlin dem Hauptamt ausgeübten Tätigkeit als Reichstagsrat zu widmen.

Zwei solcher unglückseliger Republikaner mußten von ihm hören, daß er ihre Eignung zum Deutsch- und Geschichtsunterricht bezweifelt und schon überlegt habe, was in dieser Hinsicht zu tun sei. Ein ihm nahestehender Lehrer erhob in öffentlicher Elternversammlung mit geradem und verantwortlicher Verantwortlichkeit die ehrenrührigsten Vorwürfe gegen einen dieser Lehrer, die diesen um Ruf und Amt hätten bringen können. Dem dabei anwesenden Direktor mußte die Haltlosigkeit dieser Angriffe wohl bekannt sein. Zur peinlichsten Heberausung eines großen Teils der Versammlung hat er es jedoch für angebracht gehalten, allgemein mindestens als sehr überflüssig empfundene Äußerungen zu tun, geeignet, die Abwehr des Verleumdeten abzuschwächen. Zur Ehrentrettung des Angeeschuldigten fand er, der in erster Linie dazu Berufene und Verpflichtete, kein einziges Wort.

Gegen ein anderes demokratisch gesinntes Mitglied des Kollegiums hat der Direktor fernerhand bei der Behörde nicht mehr und nicht weniger als Entfremdung von der Schule, Disziplinverstoß und Amtsenthebung beantragt, ohne einen auch nur halbwegs diskutablen Grund dafür angeben zu können. Der Bescheid lautete dann auch ohne weiteres ab. Lehrend, wurde aber vom Direktor unter positiv falschen Angaben dem Kollegium in so entstellter Form mitgeteilt, daß doch noch eine Verurteilung des Angegriffenen herausgeholt werden mußte, was sie wirklich war. Als der Angegriffene hinter die Sache kam, verlangte der Direktor, um die Wahrheit zu vertuschen, von ihm die gar nicht existierende „Amtsverfahrensgeschichte“ gegenüber dem Kollegium. In der Vorlesung, allem vielleicht nicht zum Ziel zu kommen, hatte er bereits vorher hinterhältig und systematisch das Kollegium gegen den ihm Unbequemem anzuweilen gesucht, öfters sogar zu diesem Zweck den Unterricht stundenlang ausgesetzt. Ein umfangreiches Skriptum an die Behörden, ohne sachlichen Inhalt, aber voller Verschöpfung, Verleumdungen und Verleumdungen gegen den bösen Republikaner gehörte auch zu seinen antidemokratischen Kampfmitteln. Ein Lehrer, der sich nicht mit Hilfe jener angemachten Aufzählung von „Amtsverfahrensgeschichte“ einlassen ließ, wurde vom Direktor mit Verfolgung wegen „Bruchs des Amtsgeheimnisses“ bedroht.

Vor dem reichlichen Gebrauch von Unwahrheiten, auch solchen größter Sorte, schied der Direktor bei seinem ganzen Vorgehen nicht zurück. Tapfer wirkten ein paar Lehrerinnen mit und riskierten ebenso wie ihr Vorgesetzter gerichtliche strafbare Aussprüche in Fülle.

Bei ihrem böswärtigen Treiben hatten die Herrschaften in etwas unbedachtlicher Weise schließlich alle Behörden in Anspruch genommen und sahen sich eines Tages in eine amtliche Untersuchung ihres Tuns verwickelt. Die Sache nahm einen für sie derartig blamablen Verlauf, daß es ihnen vor und nach schändlich wurde, angesichts ihrer unvermeidlich scheinenden Majorierung mühten sie schleunigst Mittel zu finden. Ein besonders wirksamer bestand dem bisher so freitbaren, jetzt plötzlich als Verfolger, Unterdrücker und Vorkämpfer erscheinenden Direktor und seinen Gezeiten in der Person des Geheimen Regierungsrats Professor Dr. Troeltsch, im Nebenamt parlamentarischer Untersuchungssekretär der Demokratischen Partei im Kultusministerium. Ihm verdanken es die bedrängten Demokratienekämpfer, die parlamentarische zum Teil als eingeschriebene Mitglieder der Deutschen Nationalen Partei bekannt sind, daß ihnen bis heute kein Leid geschehen ist. Ungehindert geht ihre „Tätigkeit“ weiter. Jeht wissen sie, wo Hilfe winkt, wenn sie vielleicht noch einmal in die Klauen geraten.

So unglücklich diese Geschichte klingt, sie gibt nur einige Proben aus dem vorliegenden Tatsachenkomplex. Die Demokratische Partei dürfte allen Anlaß haben, sich mit ihrem Untersuchungssekretär über seine lobenswerte Rolle in dieser Angelegenheit auseinanderzusetzen. Offenlich gelten die schönen Grundzüge, die der Parteivorstand Dr. Petersen am 15. Juni d. J. verkündet hat, auch für die Tätigkeit des Herrn Prof. Troeltsch im Kultusministerium. Ueberdies liegt es aber im Interesse weiterer Kreise und besonders aller derjenigen Lehrer, denen der Treuschwur auf die Reichsverfassung nicht nur eine amt- und broterhaltende Formalität war, recht bald zu erfahren, wann der Herr Minister in der Lage ist, trotz des Herrn Troeltsch die nötigen Konsequenzen aus der bereits im Mai stattgehabten amtlichen Untersuchung zu ziehen. Wie lange sollen die Verleumdungen und Verleumdungen ohne Schutz und Genugtuung bleiben und was hat mit Direktor und Lehrkräften zu geschehen, die sich in staatsbürgerlicher und moralischer Hinsicht so eigenartig verhalten?

Geldverplemperung.

In der samstags Beerdigungskammer, die unter dem Vorsitz des Generals v. Bergmann berüber abstimmt, ob die Reichsverfassung (Kriegsparagrafen) auch für die Reichswähr gelten soll, wurde nach der B. S.-Korrespondenz auch noch mitgeteilt, daß die Verpflegungsbilge bei der Reichswehr pro Tag und Mann 8,50 Mark betragen. In einem Bataillon von 700 Mann würden demnach 135.000 Mark monatlich für die Verpflegung ausgegeben werden müssen. Diese verteilen sich nach den bestehenden Bestimmungen auf 60.000 Mark für die Verpflegung selbst und 75.000 Mark für Inkosten. Dieser enorm hohe Inkostenanteil wird vielleicht vermindert, wenn, wie der Heereskammerer mitteilte, in einem Bataillon der Bedarf an Marmelade für etwa fünf Jahre im voraus gedeckt worden sei.

Die deutschen Kohlenlieferungen.

Amsterdam, 13. August. Der Times-Korrespondent in Paris meldet, daß die deutschen Kohlenlieferungen bisher außerordentlich waren. Während der ersten zehn Tage dieses Monats seien im Durchschnitt 50.000 Tonnen pro Tag geliefert worden.

Attentat auf Veniselos.

Paris, 12. August. Der griechische Ministerpräsident, der am Donnerstagabend Paris verlassen hatte, um sich nach Riga und von dort nach Griechenland zu begeben, wurde in Lyon, als er den Zug besteigen wollte, von zwei Personen angegriffen. Einer der Angreifer gab drei Schüsse auf ihn ab, ohne jedoch zu treffen. Der zweite feuerte fünf Schüsse ab, durch die Veniselos getroffen wurde. Die Attentäter, die verhaftet wurden, sind ein 33jähriger Genieutenant der griechischen Armee namens Karibis Georges, wohnhaft in Paris, und der 25jährige Journalist Thoravis, Korrespondent des Württembergers in Athen. Auf dem Polizeikommissariat erklärten die beiden, daß sie das Verbrechen wohl überlegt hätten und daß sie Griechenland von einem Bedrückter befreien wollten, um so die Freiheit der Bürger sicherzustellen. Veniselos in an der linken Schulter und an der rechten Seite verletzt worden; er wurde im Automobil in ein Spital gebracht.

Rußland und Deutschland.

S. a. g. 13. August. Moskau versendet folgenden Funkpruch: Sehr dringend! Berlin!

Dr. Simons, Auswärtiges Amt!

Es ist uns sehr dringend, zu erfahren, ob die polnischen Truppen, die sich im Bestimmungsgebiet zusammenziehen, entwaffnet und interniert werden. Wir bitten dringend die deutsche Regierung um sofortige Rückäußerung.

Moskau. Vollsommilar des Auswärtigen Zischitscherin.

Die „Königliche Zeitung“ bemerkt hierzu: Falls diese Meldung als zutreffend von Berlin bestätigt werden sollte, so wäre dies der erste Versuch der amtlichen Fühlungnahme Moskau mit Berlin in der polnischen Krise.

Von deutscher Seite wird angekündigt, die deutsche Regierung werde den Funkpruch dahin beantworten, daß gemäß der strengen Neutralitätsklärung polnische Truppen, die auf deutsches Gebiet übergetreten sind, bereits interniert worden und daß das auch in Zukunft getan werde.

Groß-Berlin

Kunstpolonaise.

Die Zeit des Anstehens zu Hunderten ist im allgemeinen vorbei. Wer aber am Dienstag früh in Berlin in der Gegend am Bülowplatz zu tun hatte, konnte dort wieder einmal eine Menschenmenge beobachten, von der die schlimmsten „Kunstpolonaisen“ der Kriegszeit noch übertrumpft wurden. Von mehreren Personen nebeneinander zog sich eine lange Menschenkette nach der Linienstraße hin. Und der Grund? Die Volkshöhle E. V. (Vereinigte Freie und Neue Freie Volkshöhle) hatte — ohne jede Bekanntheit, nur, um Einzelanfragen und persönliche Launen unendlich zu machen — vor längerer Zeit einmal mitgeteilt, daß an diesem Tage nach Feststellung der durch das Ausschneiden älterer Mitglieder der Organisation entstehenden Lücken mit der Aufnahme neuer Mitglieder würde begonnen werden können. Die Folge war, daß schon früh um 6 Uhr — die Geschäftsstunden der Volkshöhle E. V. beginnen um 9 Uhr — das Anstehen begann. Der ganze Dienstag war ein Tag des Andrängens; der Mittwoch nicht minder. In den vielen Jahrestellen des Vereins ebenfalls eine Fülle von Anfragen und Anträgen. Aus den Betrieben, durch die Coleute des Vereins eingerückt, lange Listen... Schon am Mittwoch sah sich die Geschäftsleitung zu der Erklärung genötigt, weitere Mitgliederanmeldungen nicht mehr annehmen zu können.

Es war dem Verein möglich gewesen, durch Beschränkung der Vorstellungszahl vieler seiner Mitgliederbeiträge von 11 auf 10 und durch möglichst umfassende Aufnahme fremder Theaterräume für etwa 17.000 neue Mitglieder Aufnahmemöglichkeit zu schaffen. Dazu kam das Einrücken neuer Mitglieder an die Stelle alter, die ihre Mitgliedsarten nicht zum Austausch eingerückt hatten, — ein zwar nur geringer Prozentsatz, aber bei der bisherigen Gesamtmitgliedszahl von 110.000 doch auch ins Gewicht fallend. Trotzdem waren bereits am zweiten Tage alle Aufnahmeleistungen für neue Mitglieder erschöpft, müssen Tausende und Aberausende, die darauf gehofft hatten, wieder auf die Mitgliedschaft in der Volkshöhle verzichten, die jedem als Glied einer großen, über ihre Bedeutung, ihre Einrichtungen, ihre Bezantaltungen selbst entscheidenden Kunstgemeinschaft die Möglichkeit gemährt, monatlich einmal zu einem Eintrittspreis von 4 M. für Abendvorstellungen und 2,50 M. für Nachmittagsvorstellungen eine gute Theatervorstellung zu besuchen.

Nie wird einem Besucher als bei solchen Gelegenheiten, wie notwendig die Organisation der Volkshöhle ist, wie sehr sie von den weitesten Kreisen der Berliner Bevölkerung als dringendstes Bedürfnis empfunden wird. Es wird höchste Zeit, daß der Verein die Möglichkeit schafft, die Vorteile seiner Organisation erheblich weiteren Kreisen zugewenden als bisher. Er hat einen entscheidenden Schritt dazu getan, indem er von dem preussischen Staat das Gebäude der ehemaligen Kroll-Oper für 25 Jahre gepachtet hat, um dort mit den künstlerischen Kräften der beiden Staatstheater unter Jahnke und Schilling's Schauspiel- und Opernvorstellungen zu schaffen. Leider muß das alte Haus zunächst gründlich umgebaut werden, damit es ein würdiges Volkstheater abgibt, und die enorme Preissteigerung hat diesen Umbau so gewaltig verteuert, daß die ursprünglichen Konzeptionen völlig über den Haufen geworfen sind. Gleichwohl will und wird der Verein den Umbau in Angriff nehmen. Seine Mitglieder tun das Beste, um eine rasche Durchführung des Projektes zu ermöglichen. Allein in den letzten zwei Monaten sind dem Verein von ihnen durch Erwerb der (mit 5 Proz. verzinslichen, binnen 25 Jahren rückzahlbaren, in Stücken von je 20 bis 1000 Mark in der Geschäftsstelle des Vereins erhaltenden) Teilhaberscheinen weit über 2 Millionen Mark als Darlehen übergeben worden. Leider steht noch immer die endgültige Entscheidung der Stadt Berlin über die Gewährung eines größeren Darlehens aus, an die weitere Schritte des Vereines einzuwirken gebunden sind. Es ist sehr bedauerlich, daß die hiesigen Körperschaften die Angelegenheit nicht rascher betreiben. Was die letzten Tage gezeigt haben, verlangt gebieterisch, daß nun mit größter Beschleunigung die zu ständigen Sitzungen ihre Beschlüsse fassen. Und die dreifachen Kreise der Berliner Bevölkerung erwarten, daß dem Verein Volkshöhle durch weitestgehendem Entgegenkommen endlich freie Hand geschaffen wird, durch Eröffnung eines zweiten eigenen großen Theaters das Verlangen der Massen nach Teilnahme an seiner Wirksamkeit zu befriedigen.

Die Irrfahrten eines Verbrechers.

Der berüchtigte und gefürchtete Bilderer Josef Dumbhat, der wie wir mitteilen, nach seiner Rückkehr nach Berlin festgenommen werden konnte, wurde gestern verhaftet. Der Verhaftete leugnet die ihm zur Last gelegte Erschießung des Gutsfürsters Schulz und dessen Bruders Willy und will Berlin und Deutschland nur verlassen haben, weil es ihm schon längst nach Rußland hingezogen habe. Wie er ausführlich schilderte, fuhr er am 1. April, fünf Tage nach dem tragischen Zusammenstoß im Walde von Selchow, abends nach Swintwände und von dort mit dem Dampfer nach Pillau und Königsberg.

Am 8. April gelang es ihm, bei Gadsbühnen über die Grenze zu kommen, obwohl er keinen Pass besaß. Von Gadsbühnen fuhr er nach Romna. Dort griff ihn die Bahnwache auf und brachte ihn nach dem deutschen Konsulat, weil er keinen Pass besaß. Während im Konsulatsgebäude zur Feststellung seiner Persönlichkeit seine Papiere geprüft wurden, fand er Gelegenheit, zu entfliehen. Zu Fuß wanderte er nun nach verschiedenen Richtungen, bis er endlich nach Stelbe gelangte. Dort hielt er sich drei Tage auf und wanderte dann über Alexandrowo nach Ljadowo, wo er von letzteren Soldaten angehalten, aber bald wieder laufen gelassen wurde. Jetzt kam er nach Danaburg. Er setzte vor der Stadt über die Dina und wanderte auf der Chaussee nach Petersburg zu. Hier fiel er abermals einer lettischen Truppe in die Hände, deren Kommandant ihn nach Bunsberg bringen ließ. Jetzt wurde er unter Spionageverdacht zwei

Tage festgehalten, dann nach Riga gebracht, dort aber nach Abschluß der Ermittlungen entlassen. In Riga suchte er, wie er behauptet, unter Vorlegung seiner richtigen Papiere den dänischen Konsul auf, der Deutschland damals betrat und erhielt von ihm 30 Rubel Reiseunterstützung. Am 7. Mai ließ sich Dumbhat auf dem Dampfer „Thomas“ anheuern und fuhr nach Riddelsjaer in Dänemark, wo er endgültig als Heizer auf der „Thomas“ angemustert wurde. Auf diesem Schiff fuhr er dann nach Neval zurück und endlich nach weiteren Reisen nach Soldeburg in Schweden, wo er am 7. August abgemustert wurde. Von dort fuhr er über Romsö und Tralleborg nach Sahnis und von hier noch am gleichen Tage nach Berlin, wo er um 9 Uhr abends auf dem Steintor Bahnhof ankam und in der Kothensstraße Unterkunft fand.

Die Dumbhat behauptet, hätte er die Absicht, sich ordentlich auszusuchen und dann zur Polizei zu begeben, weil er sich vollkommen unschuldig fühlte. Die Zeugenvernehmung hatte jedoch ein Ergebnis, das den Unschuldsbeteuerungen des Bilders vollstän dig entgegensteht. Hiernach erscheint Dumbhat des Doppelmordes an dem Förster und seinem Bruder bei Selchow vollständig überführt. So hat ein Dreifürter Dumbhat zwei bis dreimal vor dem Zusammenstoß mit Schulz in der Gegend von Selchow und Rahlam mit Lang zusammen bestimmt gesehen. Auch der Gutsinspektor Schulz, der Vater der beiden Erschossenen, ein Metzgermeister und ein Arbeiter erkennen Dumbhat bestimmt als einen der Bilderer von Selchow wieder. Der Verhaftete wird heute der Staatsanwaltschaft vorgeführt.

Die Zunahme der Fleischvergiftungen.

In letzter Zeit sind mehrfach schwere Fleischvergiftungen beobachtet worden, bei denen sich nicht mit Sicherheit hat nachweisen lassen, auf welche Weise die Krankheitsreger in das Fleisch, das zu den Vergiftungen Anlaß gegeben hatte, gelangt waren. Es ist insbesondere nicht gelungen festzustellen, ob das Fleisch von kranken Tieren kam, an welcher Krankheit die Tiere erkrankt hatten und ob die Fleischbeschau ordnungsmäßig ausgeführt war. Solche Vorkommnisse beeinträchtigen das Vertrauen auf die Zuverlässigkeit der amtlichen Fleischschau. Es muß daher, wie der preussische Landwirtschaftsminister in einem Kundenerlaß an die Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten betont, dafür gesorgt werden, daß solche Fälle möglichst eingehend geklärt werden. Das ist aber nur dann möglich, wenn die erforderlichen Erhebungen über die Art der Fleischschau durch die mit der Beaufsichtigung der Fleischschau betrauten Organe mit größter Beschleunigung vorgenommen werden. Zu diesem Zweck sollen die beauftragten Aerzte die erforderlichen Ermittlungen mit der größten Beschleunigung durchzuführen und vor allem den Versuch machen, Proben von dem verdächtigten Fleisch zu erlangen und sie der bakteriologischen Untersuchung auf Fleischvergifter zuführen.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postauflage bei.

Die Eisenbahnstationen im neuen Berlin. Die Eisenbahndirektion Berlin hat sich an die Handelskammer wegen Änderung der Stationsnamen im Bezirk der neuen Gemeinde Groß-Berlin gewandt. Die Kammer hat hierzu folgendermaßen Stellung genommen: Wenn es auch an sich durchaus erwünscht wäre, daß die Stations- und Ortsbezeichnungen sowie die gemeindepolitischen Bezeichnungen übereinstimmen, so wird sich dies jedoch in einem so verwickelt gestellten Gebilde wie Groß-Berlin wegen der praktischen Undurchführbarkeit leider nicht verwirklichen lassen. Im übrigen stehen der Zulassung des Wortes „Berlin“ zu den Stationsnamen, die jetzt zum Gemeindevorstand Groß-Berlin gehören, auch heute noch alle Bedenken entgegen, die sowohl die Eisenbahndirektion als auch die Handelskammer schon im Jahre 1913 geltend gemacht haben. Die Kammer hält es daher im Hinblick auf die Abwicklung des Eisenbahnverkehrs nach nicht für angebracht, zu dieser Frage endgültig Stellung zu nehmen.

Zu einem Kampf zwischen Hausbewohnern und Bodeneulerkern kam es gestern abend am Grundstück am Friedrichshain 15. Dort wurden zwei Bodeneulerker überfallen, als sie bereits acht Edden erbrochen hatten. Die Diebe legten sich, als die Leute sie festnehmen wollten, zur Wehr und versuchten dann zu entfliehen. Einer der Eindreher kam dabei zu Fall und erlitt einen Armbruch, der andere trug schwere Kopfverletzungen davon. Schließlich gelang es doch, beide zu überwältigen und der Polizei zu übergeben. Diese überführte sie als Polizeigefangene nach der Charité.

Eine Versammlung der Vorstände der Elternbeiräte der Schulen des 20. Verwaltungsbereichs Groß-Berlins beschäftigte sich mit der Frage eines einheitlichen Arbeitens der Elternbeiräte des Bezirks. Eine Förderung der Bestrebungen der Elternbeiräte ist nur zu erwarten, wenn alle Elternbeiräte innerhalb des Verwaltungsbereichs einheitlich vorgehen. Die Erreichung dieses Zieles soll durch die Bildung eines Arbeitsausschusses erfolgen, der die Aufgabe haben wird, alle an den einzelnen Schulen sich ergebenden Fragen zu bearbeiten und sich für ihre Durchführung einzusetzen. Es ist auch dringend notwendig, daß dieser Arbeitsausschuß sich und Stimme in der zu bildenden Schulkommission des 20. Bezirks erhält, damit den Elternbeiräten Gelegenheit gegeben ist, ihre Bestrebungen in dieser Körperschaft selbst zu vertreten und auf deren Durchführung zu dringen, im Interesse der Kinder und der Schule selbst. Die Wahl dieses Arbeitsausschusses soll durch Delegierte erfolgen, und es wurde der Beschluß gefaßt, diese Delegierten bereitzustellen, daß auf je 500 Schulkinder in den einzelnen Schulen ein Delegierter entfällt; jedoch sollen auch Schulen mit weniger als 500 Schülern durch mindestens einen Delegierten vertreten sein. Diese Einschränkung war notwendig, um zu verhindern, daß kleinere Schulen überhaupt nicht vertreten wären. Diese so gewählten Delegierten werden am Montag, den 13. September 1920, abends 7 Uhr, in der Aula der 4. Gemeindeparkschule, Reinholdsdorf-Ost, Hausnummer 10, zu einer Sitzung zusammenkommen, um den Arbeitsausschuß zu wählen und über weitere Schritte zu beraten.

Nicht jedes Mitglied eines Elternbeirats im 20. Bezirk ist es nun, dafür zu sorgen, daß die Wahl der Delegierten rechtzeitig erfolgt, und daß Vertreter gewählt werden, die bereit sind, für eine freie und fortschrittliche Schulreform einzutreten.

Hrau Theresie Klatt, die Inhaberin mehrerer Zigarrengeschäfte in Firma Wülfem Klatt in Berlin und Umgegend, bittet um Mitteilungen, daß sie nicht identisch ist mit der Frau Theresie Klatt, die laut Prospekt vom 8. August wegen eines Einbruchdiebstahls bei dem Kaufhaus Goldschmidt & seine wegen Verleumdung an vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Sport.

Ringkampf in Schneberg. Der gestrige Abend wurde fast ganz durch den Entscheldungskampf Schwara-Vinayki ausgefüllt; letzterer erweist sich aber als ausdauernder als der Ringer, welcher seine körperliche Veranlagung vorzüglich zur Geltung brachte. Erst nach einer Stunde mit großer Kraftanstrengung geführten Kampfes machte sich eine Ueberlegenheit Schwara's bemerkbar, demzufolge selbiger dann seinen Gegner nach 1 Stunde 45 Minuten durch Untergriff auf beide Schultern legen konnte. Durch diesen Kampf hat sich Vinayki als erstklassiger Ringer erwiesen, mit welchem in Zukunft unsere Bekkern zu rechnen haben werden. Die noch zur Verfügung stehende Zeit bis zur Vollzeitsunde reichte nicht aus, um den Kampf Rügler-Hochbarten zur Entscheldung zu bringen. Heute findet der Herausforderungskampf Angli-Hans Schwarz statt; um in den zur Verfügung stehenden zwei Stunden ein Resultat herbeizuführen, soll, falls nicht vorher eine Entscheidung gefallen ist, die letzten 30 Minuten nach Punkten gerungen werden.

